

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1018559

hintergrund

Wenn Bayer dem Umweltministerium hilft

Wie eng sind Politik und Lobby verknüpft? Die "Maulwurfaffäre" im Gesundheitsministerium zeigt eine fragwürdige Praxis auf: Durch Personalaustausch sitzt die Wirtschaft oft direkt am Behördentisch.

VON VERA GASEROW

"Wes Brot ich ess, des Lied ich sing" - so heißt eine alte Volksweisheit. Doch in mehreren Bundesministerien ist längst nicht immer klar, wer da auf wessen Kosten singt und in wessen Interesse seiner Arbeit nachgeht. Denn ein Personalaustauschprogramm sorgt dafür, dass vor allem große Wirtschaftsunternehmen und einflussreiche Verbände in den obersten Bundesbehörden als Mitarbeiter auf Zeit ein- und ausgehen.

In den vergangenen vier Jahren arbeiteten insgesamt 100 "externe Mitarbeiter" aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden in den verschiedenen Bundesministerien und selbst im Kanzleramt. Das geht aus einer aktuellen Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP hervor. Allein im Gesundheitsministerium sind derzeit knapp 15 Mitarbeiter der Krankenkassen tätig. Im Rahmen des Austauschprogramms zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft sind die von ihren Firmen oder Verbänden "abgeordneten" Kollegen auf Zeit jeweils einige Wochen, Monate oder auch ein Jahr in der Behörde tätig. Sie bleiben dabei Beschäftigte ihres Entsendeunternehmens und werden - von wegen "wes Brot ich ess" - zu einem Teil aus Steuermitteln der Ministerien bezahlt, zum anderen Teil von ihren eigentlichen privaten Arbeitgebern.

Deren Namen lesen sich etwa im Bundeswirtschaftsministerium wie ein "Who is Who" des deutschen Konzern-Lexikons: Daimler-Chrysler, Deutsche Telekom, BASF, IBM, Thyssen-Gas, der Verband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer oder der Verband der Wasserwirtschaft. Ins Verkehrsministerium haben unter anderem die Fraport AG Frankfurt und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie ihre hilfreichen Bediensteten entsandt. Ins Auswärtige Amt delegierte unter anderem die Lufthansa ihre Mitarbeiter, ins Kanzleramt der AOK Bundesverband, ins Umweltministerium die Chemieriesen BASF und Bayer.

In die umgekehrte Richtung ist das Interesse am Personalaustausch deutlich weniger rege. Derzeit sind nur zwölf Bundesbeamte in der Privatwirtschaft tätig. Die Bundesregierung hält diese schon seit Jahren existierende Personalaustauschpraxis weiterhin für eine gute Sache. Die Mitarbeiter aus der Privatwirtschaft lernten dabei, wie große Behörden arbeiten, und die Ministerien profitieren von zusätzlichem Sachverstand. Bei großen Gesetzesvorhaben etwa könnten die externen "Kollegen" aus den Unternehmen und Verbänden die Ministeriumsarbeit mit ihrem spezifischen Fachwissen in kniffligen Detailfragen unterstützen, hieß es am Montag.

Eine Interessenkollision sieht man nicht. "Eine politische Einflussnahme auf Entscheidungen der obersten Bundesbehörden wird durch die Einbindung der externen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in die hierarchischen Strukturen und der damit verbundenen Kontrollmechanismen ausgeschlossen", beschied die Bundesregierung auf kritische Anfragen. "Darüber hinaus achten insbesondere die unmittelbaren Vorgesetzten darauf, dass Interessenkonflikte vermieden werden." Die in die Politik abgeordneten Mitarbeiter sind dabei auch nach ihrem Ausscheiden aus den Behörden zur Verschwiegenheit verpflichtet. Was - wie das aktuelle Beispiel aus dem Gesundheitsministerium zeigt - nicht immer so klappt wie gedacht.

[document info]
Copyright © FR online 2006
Dokument erstellt am 27.11.2006 um 17:29:32 Uhr
Erscheinungsdatum 28.11.2006

